

Ministererlaubnis Zollern/Miba erteilt: „Bundesminister ist endlich über seinen

Schatten gesprungen!“

Falko Mohrs, Bundestagsabgeordneter
Dr. Christos Pantazis, Mitglied des Landtags

Nun ist es amtlich: Der deutsche Metallverarbeiter Zollern aus Sigmaringen darf mit dem österreichischen Autoteileproduzenten Miba fusionieren. Gegen den Beschluss des Bundeskartellamts sowie gegen die Empfehlung der Monopolkommission genehmigte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier am Montag per Ministererlaubnis den Zusammenschluss. Zuvor hatten sich SPD-Abgeordnete aus der Region Braunschweig massiv für eine solche Fusion eingesetzt, um die Standorte in Braunschweig und Osterode zu sichern.

„Das Vorhaben ist bedeutsam für die Energiewende und die umweltpolitischen Ziele der Bundesregierung.“, erklärt Falko Mohrs. „Die Gleitlager, die beide gemeinsam produzieren wollen, kommen beispielsweise in Windkraftanlagen und modernen Gasturbinen zum Einsatz. Ebenfalls dient die Fusion dem Erhalt eines wettbewerbsfähigen Mittelstands. Das Familienunternehmen Zollern GmbH gehört zu einem der vielen Motoren unserer deutschen Gesamtwirtschaft.“

Der Einsatz der SPD-Abgeordneten aus Bund und Land in der Region Braunschweig habe sich gelohnt. „Der Bundeswirtschaftsminister ist endlich über seinen Schatten gesprungen und hat eine Entscheidung getroffen, die die Zukunft eines Traditionsunternehmens sicherstellen kann“, so Mohrs und Dr. Christos Pantazis weiter. Das Unternehmen deckt vor allem die Anwendungsbereiche des Großmotoren- und des allgemeinen Maschinenbaus ab. Die damit beschäftigte Belegschaft besteht aus ca. 374 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

„Leider vermissen wir jedoch klare Auflagen für eine Beschäftigungsgarantie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die wir in enger Abstimmung mit der IG Metall gefordert hatten.“, macht Pantazis zudem deutlich. „Wir werden nun die anstehenden Fusionsverhandlungen wachsam begleiten. Die Politik hat den Unternehmen die Rahmenbedingungen für eine solide Zukunft und den Schutz vor Billigprodukten aus Fernost geliefert. Jetzt muss die Geschäftsführung im Sinne ihrer Belegschaft verantwortungsvoll handeln und die Jobs in der Region bewahren.“, so Pantazis und Mohrs abschließend.